

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 18 (1977)
Heft: 7

Artikel: Ljudmila Alexejewa über die Moskauer "Helsinki-Gruppe"
Autor: Alexejewa, Ljudmila
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094880>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ljudmila Alexejewa über die Moskauer «Helsinki-Gruppe»

Am 22. Februar dieses Jahres traf die sowjetische Bürgerrechtlerin Ljudmila Alexejewa mit ihrem Mann und einem ihrer Söhne im Westen ein. Die 49jährige Historikerin ist das erste (und bisher einzige) Mitglied der sogenannten «Helsinki-Gruppe» in Moskau, das aus der UdSSR ausreisen durfte oder musste. Die im Mai 1976 gebildete Gruppe will sich dafür einsetzen, dass man sich auch in der UdSSR an die KSZE-Erklärung hält. Ihre prominentesten Vertreter, Professor Jurij Orlow und der Schriftsteller Alexander Ginsburg, sind inzwischen verhaftet worden.

Ljudmila Alexejewa war am 12./13. März 1977 Gast der Gesellschaft für Menschenrechte (Frankfurt), die in Königstein/Taunus ihre Hauptversammlung abhielt. So ergab sich Gelegenheit, aus erster Hand einiges über die «Helsinki-Gruppe» und über den Stand der Menschen- und Bürgerrechtsbewegung in der UdSSR im allgemeinen zu vernehmen. So gab sie auch dem ZeitBild Auskunft.

Frage: Wie ist es dazu gekommen, dass Sie zur Bürgerrechtsbewegung und insbesondere zur «Helsinki-Gruppe» gestossen sind?

Antwort: Ich bin 49 Jahre alt. Ich habe zwei Söhne; der jüngere (23) ist mit meinem Mann und mir ausgereist, der ältere ist in der Sowjetunion geblieben. Das zu meinen persönlichen Verhältnissen.

Wie ich zur «Helsinki-Gruppe» kam

Wann ich angefangen habe, mich an der Demokratischen Bewegung aktiv zu beteiligen? Das genau zu sagen ist gar nicht so leicht. Ich fühlte mich in steigendem Masse mit vielem nicht mehr einverstanden; allmählich wurde dann eine «Aktivität» daraus. Auf jeden Fall datiert die erste öffentliche Bekundung meiner Auflehnung aus der Zeit des Prozesses gegen Sinjawschij und Daniel vor zwölf Jahren. Damals unterzeichnete ich erstmals eine Stellungnahme.

Später half ich bei der Ausarbeitung von Dokumenten über Menschenrechtsverletzungen. Insbesondere trug ich dazu bei — jetzt darf ich das ja sagen —, Material für die «Chronik der laufenden Ereignisse» zu sammeln.

(Anm.: Diese zunächst anonyme Samisdat-Zeitschrift bestand in ihrer ursprünglichen Form von 1968 bis 1972. Dann gelang es dem Sicherheitsdienst im Zusammenhang mit dem Prozess gegen Pjotr Jakir, diese periodische Zusammenstellung über Repression und Widerstand zu unterbinden, zu deren Herausgebern u. a. Natalja Gorbanewskaja gehörte, die sich seit gut einem Jahr im Westen befindet. Inzwischen erscheint eine neue «Chronik», die trotz Verhaftungen unter den diesmal namentlich zeichnenden Herausgeber weiterhin existiert. Offenbar hat auch dieses Samisdat-Periodikum seinen anonymen Mitarbeiterstab.)

Irgend etwas davon erfuhr das KGB aufgrund seiner Ermittlungen gegen Jakir und Krassin. Ich wurde zu einem Verhör vorgeladen, machte aber natürlich keine Angaben.

Als im Mai 1976 die Gruppe zur Förderung der Einhaltung der Helsinki-Abkommen (russische Abkürzung OGS) gegründet wurde, nahm man mich als Mitglied auf; jetzt bin ich Vertreterin dieser Gruppe im Ausland.

Frage: Diesen Sommer findet in Belgrad die

Fortsetzung der KSZE statt. Was kann, was soll der Westen dort tun?

Antwort: Da kann ich keinen verbindlichen Rat geben, aber ich kann sagen, was die sowjetischen Dissidenten erwarten: dass die Regierungen der teilnehmenden Länder die vollumfängliche Erfüllung der Schlussakte in allen Staaten fordern, einschliesslich der humanitären Punkte. Das allein kann internationale Sicherheit garantieren. Die Erfüllung der humanitären Artikel in der Schlusserklärung von Helsinki ist die eigentliche Bedingung für ein gutes politisches Klima auf der ganzen Welt.

Allmählich findet im Westen doch eine Solidarisierung mit den sowjetischen Menschenrechtlern statt . . .

Frage: 1971 auf dem Psychiaterkongress in Mexiko wurde die Thematik der Zwangspsychiatrie völlig unter den Tisch gewischt. Im September 1977 wird wieder ein internationaler Kongress stattfinden — in Honolulu. Was können wir diesbezüglich tun?

Antwort: Vermehrte Information, Veröffentlichungen haben einigen Erfolg gehabt. Nicht dass alles in Ordnung oder alle Probleme gelöst wären; aber die Sowjetregierung ist durch eine solche Stellungnahme des Westens doch dazu veranlasst worden, dass es weniger Fälle von Zwangsinternierung in psychiatrischen Anstalten gegeben hat, und der Aufenthalt bemisst sich schon nach Wochen oder Monaten, aber nicht nach Jahren: die Leute kommen rascher frei.

Das ist ein Verdienst nicht nur der entsprechenden Informationsverbreitung innerhalb der Sowjetunion, sondern gerade auch dank dem Westen möglich geworden. Und wenn damals in Mexiko die Dokumentation nicht akzeptiert wurde und man keine öffentliche Unterstützung vom Kongress bekam, so hat sich doch die Weltmeinung dafür eingesetzt: sonst wäre das nicht erreicht worden, was doch erreicht worden ist. Die Frage der medizinischen Ethik in der Sowjetunion muss in Honolulu zur Sprache kommen, und es bestehen gute Aussichten dafür, denn viele Psychiater haben inzwischen ihre Meinung geändert.

Bezüglich der religiösen Repression enthält Dokument Nr. 4 Information: den Eltern werden

ihre Kinder weggenommen, weil sie entgegen dem Gesetz über die Familie ihre Kinder nicht nach dem «Moralkodex der Erbauer des Kommunismus» zu erziehen bereit waren. (Die Gruppe steht auf dem Standpunkt, dass die nationale Gesetzgebung, wenn sie im Konflikt ist mit internationalen Gesetzen, entsprechend geändert werden muss. Wenn der Vorrang der nationalen Gesetzgebung vor der KSZE noch angehen mochte, muss das jetzt geändert werden!) So sollte in Rjasan am 4. 2. ein Prozess gegen eine baptistische Familie stattfinden (sie haben zwei Kinder); die Verhandlungen wurden zunächst auf den 14. 2. verschoben, danach aber erneut — was möglicherweise der «Helsinki-Gruppe» zu verdanken ist, die in dieser Hinsicht ihre Auffassung deutlich gemacht hat.



Zabelschensky: „Während die UdSSR sich damit brüstet, ein Inbegriff der Demokratie zu sein, ist sie in Wirklichkeit nichts anderes als ein riesiges Konzentrationslager.“

HARDMANN/WIPPERMANN (Hrsg.)

24 Zeugen

Dokumente des Terrors
Sacharow-Hearing Kopenhagen
280 Seiten, 32 Bildtafeln, hochglanzkaschiert, DM 26,-

Authentische Berichte über die brutalen Verfolgungen und Folterungen in der Sowjetunion. Die FAZ urteilt: „Die Kopenhagener Sacharow-Anhörung hat das düstere Panorama eines totalitären Staates entrollt. Die eindringliche Lehre von Kopenhagen ist: Der Westen kann helfen, wenn er immer wieder auf das Geschick einzelner hinweist, kann er es wenden. Darum ist Kenntnis so wichtig.“ Verschaffen Sie sich diese Kenntnis aus erster Hand von denen, die die selbst erlittene Unmenschlichkeit in Kopenhagen für dieses Buch zu Protokoll gegeben haben!

Bestellschein

An den
Verlag Johann Wilhelm Naumann
Postfach 54 60
8700 Würzburg 1

Ich bestelle
... Ex. 24 Zeugen, 280 Seiten, 32 Bildtafeln, hochglanzkaschiert, zum Preis von je DM 26,-

Name

Straße, Hausnummer

Postleitzahl, Ort

Unterschrift

Frage: Aber ist das nicht vor allem das Verdienst der sowjetischen Dissidenten selbst?

Antwort: Im Gegenteil — der Westen hat seine Einstellung geändert: jetzt hört man zu, jetzt reagiert man. Folgender Fall illustriert das doch: Valentyn Moros wurde aus der Haftanstalt ins psychiatrische Serbskij-Institut nach Moskau verbracht. Seine Frau erfuhr das und teilte es sogleich der «Helsinki-Gruppe» mit — das war am 18. Mai 1976, die Gruppe gab da gerade ihre erste Pressekonferenz. Das war 12 Uhr mittags. Um 2 Uhr nachmittags wurde der Fall bereits übers Radio aus dem Westen in der Sowjetunion bekannt gemacht! Der Zeitfaktor spielte da eine entscheidende Rolle, denn wenn jemand einen Monat «zur Beobachtung» im Serbskij-Institut gewesen ist und niemand Lärm schlägt, wird er ohne weiteres für geisteskrank erklärt; nach jenem Monat kriegt man ihn nicht mehr so leicht heraus! Moros wurde am 18. Juni für gesund erklärt!

... deren Auswirkungen man in der UdSSR bereits verspürt

Frage: Würden Sie sagen, im Westen habe ein «Klimawechsel» stattgefunden?

Antwort: Ich kann natürlich nicht sagen, ob jeder Einwohner westlicher Länder davon berührt ist, aber als Mitglied der «Helsinki-Gruppe» empfinde ich eindeutig das Tempo der Reaktion auf eine Nachricht. Nehmen Sie Bukowskij: wir in Moskau wussten, dass hier eine grosse Kampagne lief, aber das dauerte viele Jahre. Es brauchte viel Zeit, um den Westen auf diesen Fall aufmerksam zu machen. Und wenn es je-

desmal mehrere Jahre gedauert hätte, bis der Westen einen Fall beachtete, dann hätten wir verloren.

Jetzt aber erfolgt auf viele Fragen eine beschleunigte Reaktion. Ich sehe dafür *zwei Gründe:*

1. ist das ganz sicher ein Verdienst der dritten Emigration, die dem Westen erklärt hat, die Probleme verständlicher gemacht hat; der Westen hat eine Vorstellung bekommen über die Dissidenten und ihre Ziele, hat die Probleme der sowjetischen Gesellschaft etwas kennengelernt.

2. Bei aller Verschwommenheit der KSZE-Schlussakte hat sie doch eine gewisse juristische Grundlage für Forderungen des Westens vis-à-vis der Sowjetunion gegeben. Sie hat den Prozess erleichtert, so dass die Sowjetunion sich nicht mehr einfach auf «Einmischung in unsere inneren Angelegenheiten» berufen kann; jeder normale Mensch bezieht sich auf die «Erfüllung der internationalen Verpflichtungen».

Wenn die Öffentlichkeit des Westens das verstanden hat, ist damit schon ein grosser Schritt vorwärts gemacht worden. Die Demokratiebevölkerung kann ja auf ihre Regierung Druck ausüben!

Frage: Weiss man das unter den Dissidenten? Solschenizyn hat die Erfahrung gemacht, dass ein Teil der westlichen Presse «links» ist; die «progressiven Kräfte» und zum Teil auch Vertreter der Regierungen empfinden ihn als «kalten Krieger». Ähnliches hat Bukowskij seit Januar erfahren. Sobald er sich politisch, aber nicht marxistisch äussert, wird er als Helfershelfer der «kalten Krieger» hingestellt.

Antwort: Hier äussert sich noch immer Nicht-verstehen; es braucht natürlich viele Jahre. Das

Bestreben, die Information in beiden Richtungen zu unterbinden, hält von vielerorts an.

Wegen der jahrzehntelangen Desinformation braucht es jetzt Zeit, bis die Information durchkommt. Dem Westen war der Zugang verschlossen gewesen, und wir verstanden überhaupt nichts, wir waren in bezug auf die Situation im Westen einfach hinter dem Mond! Die Praxis zeigt aber, dass ein Umschwung stattgefunden hat, weil Information in den Westen gelangt.

Möglicherweise habe ich einen so positiven Eindruck, weil ich innerhalb der Demokratischen Bewegung in der Sowjetunion auf dem Gebiet der Menschenrechte tätig war — das für die Leute im Westen vielleicht am leichtesten zugänglich und verständlich ist; darum stellen wir hier wohl die beste Reaktion fest (in der Sowjetunion nennt man uns denn auch «Westler»!).

Frage: Eine Frage nach den Ausmassen — es gibt je eine Gruppe in Moskau, in der Ukraine, in Litauen und in Georgien ...

Antwort: Das ist sehr schwer zu beantworten. Statistische Angaben liegen natürlich keine vor; ich kann nur meinen subjektiven Eindruck wiedergeben. In Russland war seit jeher immer nur ein kleiner Teil der Bevölkerung an Fragen des öffentlichen Lebens, an politischen Fragen, interessiert gewesen, mit Ausnahme der Periode der Revolution. Die Demokratische Bewegung ist aber doch ziemlich breit. Aktive Teilnehmer gibt es nicht so viele, aber sehr viele denken so. Die Wasserscheide ist nicht zwischen den Leuten, die gleich denken, und jenen, die prosojektivisch wären — solche Menschen gibt es kaum mehr einen. Die Unzufriedenheit ist allgemein. Es braucht eine Aenderung. ■

Was ist und was tut die «Helsinki-Gruppe»?

In den ersten zehn Monaten ihres Bestehens hat die Gruppe insgesamt 19 Dokumente verfasst, die selbstverständlich in der UdSSR nicht veröffentlicht werden können, aber durch Abschreiben und Weiterreichen in die Samisdat-Verbreitung gelangen. Alle Texte befassen sich mit Information, der praktisch einzigen Möglichkeit sowjetischer Bürgerrechtler, überhaupt Wirkung auszuüben und auch die internationale Öffentlichkeit auf die bestehende Lage aufmerksam zu machen. Inhaltlich geht es insbesondere um fünf Themen:

1. die bestehende Repression von Meinungs- und Informationsfreiheit;
2. die Lage der politischen Gefangenen;
3. die Lage der Gläubigen und die Verteidigung ihrer Rechte;
4. die Freizügigkeitsrechte, wobei nicht nur an das Ausreiserecht für bestimmte Gruppen wie zum Beispiel die Juden zu denken ist;
5. die Lage der nationalen Minderheiten.

Trotz den Unterdrückungsmassnahmen, die seit Januar dieses Jahres erheblich verschärft worden sind, hat die «Helsinki-Gruppe» ihre Kontakte ausweiten können. Ihre Existenz ist auch ausserhalb von Moskau bekannt geworden, vor allem dank den westlichen Radiosendungen in die UdSSR. Dies hat auch dazu geführt, dass drei weitere KSZE-Gruppen ent-

standen sind, und zwar in der Ukraine, in Georgien und in Litauen. Die Moskauer Gruppe selbst hat immer mehr Informationen aus andern Teilen der UdSSR erhalten, und für den Stand der erreichten Solidarisierung ist es bezeichnend, dass die Kontaktaufnahme durch verschiedene Sowjetbürger auch nach der Verhaftung von Orlow und Ginsburg weitergegangen ist. Häufig kommen Leute persönlich zu den Mitgliedern, um ihnen Informationen zu übergeben; daneben gibt es anderweitige Zustellung, u. a. auch ganz einfach durch die Post; «das KGB sieht nicht immer alles».

Darüber hinaus sind Beziehungen zu bestehenden oder neuen Gruppierungen der nationalen oder religiösen Opposition entstanden. In Moskau gibt es das Komitee zur Verteidigung der Rechte der Gläubigen, das auf seinem speziellen Gebiet ähnliche Ziele verfolgt wie die «Helsinki-Gruppe».

Behördlicherseits ist man in diesem Jahr von den Schikanen zur eigentlichen Verfolgung übergegangen. Das Zeichen dafür gaben je zwei Verhaftungen in Kiew und Moskau. Andere Mitglieder sind unmittelbar bedroht. Die «Iswestija» hat Anatolij Schtscharanskij und Wladimir Slepak beschuldigt, Spionage für die CIA zu treiben, ein sicheres Indiz für die (seither erfolgte) Festnahme. Man schreckt nicht davor zurück, diese und andere groteske

Tatbestände zu konstruieren. Im Zimmer von Malva Landa hat man auf polizeiliches Betreiben Feuer gelegt, um ihr daraufhin einen Prozess wegen Brandstiftung anzukündigen. In Litauen ist ein Mitglied der dortigen Parallelgruppe am 18. Februar vom KGB vorgeladen worden, weil er angeblich zwei Bekannten hohe Geldsummen schulde; man hatte die Leute veranlasst, entsprechende Forderungen aufzustellen.

«Aber man hat uns nicht isolieren können», sagt Frau Alexejewa. Trotz allen polizeilichen Abschreckungsmassnahmen kommen Menschen zur Gruppe, um sie um Hilfe zu bitten, obwohl sie jetzt selber Hilfe braucht. Und tatsächlich gibt es neben den Hilfsgesuchen auch spontane Hilfsangebote. Bezeichnend ist es auch, dass die Gruppe immer noch in der Lage ist, neue Mitglieder aufzunehmen, und dabei aussuchen kann (allerdings ist sie aus Sicherheitsgründen auch zur Auslese gezwungen). Neu hinzugestossen sind der Mathematiker Nahum Nejman und der Physiker Jurij Manjuch. Auch die Arbeit geht weiter; vor kurzem noch hat die Gruppe zwei Dokumente zusammengestellt, eines über die politisch Verbannten und eines über die auswanderungswilligen Sowjetdeutschen.

Weil einerseits die Bürgerrechtsbewegung in der UdSSR ständig gewachsen ist und andererseits der Staat seine Bemühungen verstärkt, sie möglichst vor Beginn der KSZE-Folgekonferenz von Belgrad mundtot zu machen, hat sich die Situation jetzt kritisch zugespitzt. Zu Hoffnung Anlass geben in letzter Zeit die Anzeichen von Solidarität aus dem Westen.